

Wahlen 2019

In diesem Jahre ist es sehr leicht, die richtigen Leute in Räte und Regierungen zu wählen.

Es gibt sechs wichtige Themen. Es genügt daher, die Kandidaten, die sich natürlich am liebsten selbst als äusserst geeignet präsentieren werden, an ihnen zu messen.

(Heute jährt sich übrigens Gottfried Kellers Geburtstag zum 200. Male. Er hat viel Bemerkenswertes über unser Land geschrieben.)

1. Klima-Katastrophe

- Wer den Klima-Wahnsinn unterstützt, also das CO₂ besteuern oder aus der Atmosphäre entfernen will, ist nicht wählbar. Dieses Gas hat, wenn überhaupt, sehr wenig mit Wetter und Klima zu tun, und das vom Menschen in die Lufthülle gebrachte noch weniger, abgesehen davon, dass die Schweiz nur einen Tausendstel der Weltbevölkerung ausmacht.^[1]

- Wer das Pariser-Abkommen umsetzen will, was erstens unnötig, zweitens unmöglich ist und drittens von fast allen Staaten, die es unterschrieben, nicht beachtet wird, ist nicht wählbar.^[2]

- Wer einen Klima-Notstand ausrufen will oder schon ausgerufen hat, ist auch nicht wählbar. Das Klima ist nicht in Not. Die seit 30 Jahren herbei beschworenen Katastrophen sind nicht eingetreten, und ob die für das Jahrhundertende prognostizierten kommen, ist, gelinde gesagt, nicht sicher, auch nicht überprüfbar, weshalb sie sehr gerne verwendet werden.

Klima-Notstand ist ein gefährliches Instrument, mit dem der Bevölkerung Steuern und Abgaben aufgezungen werden können, gegen die sie machtlos ist. Das ist ein Rückfall in vordemokratische Zustände. Wer dieses im Schilde führt, ist nicht wählbar.

- Wer Kinder mit diesen angeblich eintretenden Katastrophen in Schrecken versetzt, ist nicht wählbar. Die vorgespielte Sorge um ihre Zukunft entpuppt sich als Heuchelei. Die jetzt Kleinen werden unter gigantischen Lasten leiden.

- Das Verbreiten von Schrecken und Angst unter der Bevölkerung ist übrigens strafbar.^[4]

- Wer nicht zugeben kann, dass er sich seit 30 Jahren beim Thema "vom Menschen gemachter Klimawandel" getäuscht hat, ist nicht wählbar. Ihm fehlt die Einsicht. Sie wird durch Sturheit ersetzt, und die hat in der Politik meistens fatale Folgen.

2. Europäische Union

- Wer die Schweiz in die EU einbringen will, ist nicht wählbar.

- Wer uns einreden will, die Schweiz könne so, wie sie ist, der EU beitreten und auch so bleiben, wie sie ist, nämlich unabhängig, ist nicht wählbar.

- Wer uns einreden will, wir seien Hinterwäldler oder Schmarotzer oder schotteten uns ab, was alles nicht stimmt, ist nicht wählbar.

- Wer das fatale Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU für gut und nötig findet, ist nicht wählbar. Es läuft nämlich auf eine Vormundschaft hinaus.

3. Sogenannte oder angeblich Energie-Wende

- Wer uns die preisgünstigen Energieträger, zum Beispiel Erdgas, wegnehmen und durch launische, sehr teure und niemals genügende ersetzen, uns also zurück ins Mittelalter, in die Immobilität und Armut zurück befördern will, ist nicht wählbar.

- Wer uns ein "grünes Leben" aufzwingen oder aufschwätzen will, ist nicht wählbar. In meiner Jugend, nach dem Zweiten Weltkrieg, lebten wir "grün", ohne Elektrizität oder Wasser im Hause, ohne Fernsehen, ohne Auto, mit wenig Fleisch. Eine "grüne" Lebensweise stellt sich von selbst ein, etwa nach einem Kriege oder einer anderen Katastrophe. Sie den Menschen aufzwingen zu wollen, geht nicht, abgesehen davon, dass sich niemals alle daran halten, auch jene nicht, die sie uns aufpfropfen wollen.

4. Volksentscheide

- Wer Volksentscheide nicht umsetzt, ist nicht wählbar.

- Wer an Volksentscheiden herum bastelt, sie angeblich akzeptabel und der übrigen Welt präsentierbar machen will, ist nicht wählbar.^[3]

5. Migranten, die angeblich Asylsuchenden

- Wer den von der UNO um 2017 heraus gegebenen „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ unterstützt, ist nicht wählbar.

- Dieses Papier verlangt, dass sich jeder Mensch dort ansiedeln kann, wo es ihm gerade passt. Damit werden staatliche Grenzen und Kompetenzen aufgeweicht. Solche staatlichen Grenzen sind keine Abschottung, sondern markieren Verantwortlich- und Zuständigkeiten.

- Unter dem sich von einem humanen Mäntelchen bedeckten Plane steckt nichts anderes als die Tatsache, dass die UNO in Sachen Flüchtlingswesen total versagt hat und das schwierige Geschäft abschieben will.

6. Styropor-Politiker

- Politiker, die bloss und nichtssagende Floskeln, also Gemeinplätze ohne Konkretes verbreiten, sind auch in diesem Jahre nicht wählbar. Ihre pompösen Reden gleichen leeren Styropor-Verpackungen. Sie suchen nur ein einträgliches Amt, haben aber nicht im Sinne, etwas für Land und Leute zu tun.

Hinweise

"Nicht wählbar" betrifft eine einzelne Person oder eine ganze Partei.

Es ist immens wichtig, endlich klare Zustände und Verhältnisse zu schaffen und den Unsinn vom Sinne zu trennen. Sonst geht das Zaudern und Werweisen noch ewig weiter und verschlingt kostbare Energie.

"Klima-Notstand" und "grüne Lebensweise" sind Seuchen und müssen so schnell wie möglich wieder verschwinden.

Fazit

Es ist heuer sehr leicht, die richtigen Leute in Regierungen und Räte zu wählen. Ein bisschen beobachten und zuhören, und schwupps? ist die brauchbare Person gefunden.

Aussicht

Wenn die fünf aktuell schmerzlichen Themen einmal abgehakt sein werden und wieder so etwas wie politische Gesundheit zurück gekehrt ist, können wir auch Leute wählen, die Unsinn verbreiten - des Vergnügens halber.

Quellen

[1] Viele Leute, auch Mitglieder von Räten und Regierungen, berufen sich auf das IPCC, den Weltklimarat, wenn sie nachweisen wollen, dass das CO₂, und vor allem das vom Menschen in die Atmosphäre gebrachte, die Erde in katastrophaler Weise erwärme. Dabei wissen diese Leute anscheinend nicht, was diese in der Schweiz ansässige Organisation dazu schreibt oder befindet.

In ihrem Bericht von 2013, in der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, schreibt sie auf Seite 14 in der Fussnote 16: „Aufgrund fehlender Übereinstimmung der Werte aus den beurteilten Anhaltspunkten und Studien kann kein bester Schätzwert für die Gleichgewichts-Klimasensitivität angegeben werden.“

WG1AR5_SPM_brochure_de[1].PDF

Fazit: Das IPCC selbst ist nicht in der Lage, anzugeben, welchen Einfluss das CO₂ auf das Klima hat. Die „politischen Entscheidungsträger“, die sich auf den Weltklimarat berufen, gehen daher von der Annahme aus, er habe das nachgewiesen und wissen nicht, dass es so nicht stimmt.

Im Übrigen bezeichnet das IPCC selbst diese Werte als Schätzungen, was für ihre Unverbindlichkeit spricht.

[2] Das Klima-Abkommen von Paris von 2015 besteht aus zwei Teilen:

A: Die Nationen sollen die Erwärmung der Erde bis ins Jahr 2100 unter 2°C halten Das sei „ehrgeizig“, heisst es etwa. Ich dagegen halte es für verrückt.

B: Die Nationen sollen sollen den durch den Menschen verursachten CO₂-Ausstoss auf null reduzieren und, wenn nötig, das (für die grünen Pflanzen zum Leben unbedingt nötige) Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre teilweise wieder entfernen. Auch das sei „ehrgeizig“, heisst es etwa. (Ich bin anderer Meinung...)

Hinweise:

-Etwa 190 Nationen haben sich verpflichtet, Punkt A zu realisieren. Sehr viele davon, man munkelt von zwei Dritteln, wurden gekauft, indem man ihnen Geld aus einem Fonds versprach, der demnächst geschaffen werden soll und bis zu 700 Milliarden Dollar enthalten werde.

-Die weitaus meisten Nationen haben nicht im Sinne, mehr zu tun als bloss zu wollen. Indien und China haben schon während der Konferenz, nicht auf ihre Kohle verzichten zu wollen. Die USA haben das Abkommen nicht ratifiziert. Die Obama-Verwaltung hätte Punkt B dem Kongress vorlegen müssen; weil der mit Sicherheit nicht zugestimmt hätte, wurde er nicht befragt. Donald Trump strich schliesslich auch Punkt A aus dem Programm. Russlands Haltung ist nicht so klar. Man kann allerdings davon ausgehen, dass es nicht im Traume im Sinne hat, auf sein Erdgas zu verzichten.

Fazit: Das Klima-Abkommen von Paris ist Unsinn, und es hat auch niemand ernsthaft im Sinne, etwas zu tun, und zwar nicht deshalb, weil die unwilligen Nationen störrisch oder unverantwortlich oder was sonst auch immer sind, sondern weil es unnötig und deshalb ein Unsinn ist und nichts bringt ausser einer Unmenge Problemen.

Nur Deutschland und die Schweiz wollen brav sein und etwas tun. Dieser Charakterzug passt zu unserem Lande (und auch zu Deutschland): Etwas tun, statt lange quatschen.

Doch es gibt Situationen, in denen es besser ist, nichts zu tun, statt etwas Falschem.

[3] So geschehen bei der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative. Diese verlangte, dass für die Einwanderung jährliche Höchstzahlen (Kontingente) festzulegen seien. Das ist bisher nicht geschehen. Die 2014 vom Stimmvolk angenommene Initiative wurde nicht umgesetzt, sehr wahrscheinlich aus Angst vor der EU.

[4] Schweizerisches Strafgesetzbuch

Vierter Titel: Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit

Art. 180

1 Wer jemanden durch schwere Drohung in Schrecken oder Angst versetzt, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 181

Wer jemanden durch Gewalt oder Androhung ernstlicher Nachteile oder durch andere Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.